

BLICK im Blick



E-Scooter

Weniger Tempo, mehr Sicherheit

S. 4

Zurück zu Öl & Gas

...und vorwärts ins Kostenrisiko

S. 6

TERMINE - TERMINE - TERMINE - TERMINE - TERMINE

SPD Eimsbüttel-Nord Vorstandssitzung:

Dienstag, 1. September um **19.30 Uhr** in der Sozialstation Lappenbergsallee 31 und online via 'Zoom'.

Per 'Zoom' Teilnehmende melden sich bitte vorher rechtzeitig bei Charlotte Nendza-Ammar oder Gabor Frese.

Mitgliederveranstaltungen der SPD Eimsbüttel-Nord:

Dienstag, 15. September um **19.30 Uhr**, in der Sozialstation Lappenbergsallee 31, Thema: **Wo steht die SPD? – Eine ehrliche Bestandsaufnahme**, Diskussion mit dem Genossen **Viktor Rengstorf**

Nicht vergessen! Freitag, 28. August ab 18.00: Unser traditionelles **Sommerfest** im Rahmen des Weinfestes auf dem Fanny-Mendelssohn-Platz an der Osterstraße.

AG 60plus Eimsbüttel:

Donnerstag, 24. September 2026 um **10.00 Uhr** im AWO-Aktivtreff Stellingen, Jugendstraße 11. **Vorstandssitzung** und **Mitgliedertreffen** mit dem Bürgerschaftsabgeordneten **Tim Stoberock**, Thema: **Seniorenpolitik in der Bürgerschaft**



***Einen herzlichen Glückwunsch
allen Geburtstagskindern
im September 2026***



Service

Bei Interesse an Infos aus Eimsbüttel-Nord bitte mailen an: kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Infos zur AG 60plus bei Annegret Ptach, Tel. 040 / 851 29 71 oder mobil 0151 23064611

Infos und Kontakt zur Juso-Gruppe Eimsbüttel Nord/Süd über Instagram [@jusos.eimsbush](https://www.instagram.com/jusos.eimsbush)

Liebe Genoss:innen, liebe Freund:innen der SPD in Eimsbüttel,

der Sommer neigt sich langsam dem Ende zu – politisch geht es dafür wieder richtig los. Auch in Eimsbüttel-Nord blicken wir auf engagierte Monate zurück und auf einen spannenden politischen Spätsommer und Herbst voraus.



Ein Thema, das uns zuletzt besonders beschäftigt hat, ist der Unterhaltsvorschuss. Auch wir haben uns mit einem Antrag klar gegen Kürzungen positioniert. Umso mehr freut es uns, dass die SPD-Bundestagsfraktion dem Vorschlag der Ministerin nicht folgt und einer Kürzung des Unterhaltsvorschusses eine klare Absage erteilt. Gerade für Alleinerziehende und ihre Kinder ist das ein wichtiges sozialpolitisches Signal – und eines, das zeigt, dass sich politisches Einmischen lohnt.

In dieser Ausgabe richten wir außerdem den Blick auf Frauen in der Politik. Nach den Neuwahlen der ASF in Eimsbüttel gibt es neue Impulse und viel Motivation für die kommende Arbeit. Wir freuen uns, euch davon zu berichten – und darauf, Frauen in unserer Partei noch stärker sichtbar zu machen und für politische Beteiligung zu gewinnen.

Vor uns liegen nun viele Gelegenheiten für Austausch, Diskussionen und gemeinsames Engagement. Denn sozialdemokratische Politik lebt davon, dass wir uns einmischen – im Distrikt, im Bezirk und darüber hinaus.

Wir wünschen euch viel Freude beim Lesen und einen guten Start in einen spannenden politischen Herbst!

Mit solidarischen Grüßen

Charlotte Nendza-Ammar und Gabor Frese, Distriktvorsitzende

E-Scooter: Weniger Tempo, mehr Sicherheit

Hindernis mit Lenker: das denken die meisten über E-Scooter, wenn diese mitten auf dem Gehweg abgestellt sind. Trotzdem sind E-Scooter praktisch – für die letzten Meter von der Bahn nach Hause oder dann, wenn der Bus gerade weg ist. Sie gehören inzwischen zu Hamburg. Genauso gehören aber Roller zum Alltag, die quer auf dem Gehweg liegen, Fahrten zu zweit und nächtliche Touren, bei denen offensichtlich nicht mehr nur Apfelschorle im Spiel war.



E-Scooter wild abgestellt auf dem Fußweg ...

Untätig war Hamburg nicht, um das Chaos zu ordnen. Seit Anfang 2025 gilt das Aufstellen von Sharing-E-Scootern als Sondernutzung; falsch abgestellte Fahrzeuge können abgeschleppt werden und das sogenannte Geofencing verhindert das Beenden der Fahrt in bestimmten Bereichen. Mit dieser Technik weiß man also schon heute ziemlich genau, wo ein Roller steht. Nur nutzen wir dieses Wissen bislang fast ausschließlich fürs Parken.

Dass mehr getan werden muss, zeigen die Unfallzahlen. 2025 registrierte die Polizei Hamburg insgesamt 784 E-Scooter-Unfälle – 22,7 Prozent mehr als im Vorjahr. In 712 Fällen wurden die Unfälle von den E-Scooter-Fahrenden selbst verursacht. Besonders deutlich war der Anstieg bei Unfällen mit Personenschaden: Ihre Zahl stieg um

26,4 Prozent auf 757 und erreichte damit den höchsten Stand seit Beginn der Erfassung im Jahr 2021.

Verbieten will ich E-Scooter nicht. Aber drei Punkte liegen auf der Hand. Erstens das Alter: Nach Bundesrecht darf man E-Scooter schon mit 14 Jahren fahren. Die Hamburger Sharing-Anbieter verlangen zwar sogar ein Mindestalter von 18 Jahren – aber ein Klick auf „Ja, ich bin 18“ ist noch keine Alterskontrolle. Eine verlässliche Altersprüfung bei der Registrierung ist deshalb überfällig. Zweitens das Tempo: Wenn man mit GPS und Geofencing verhindern kann, dass ein Roller falsch abgestellt wird, kann man damit auch dafür sorgen, dass er dort langsamer fährt, wo viele Menschen zu Fuß unterwegs sind, oder dass er in Nächten mit erhöhtem Alkoholisiko auf 15 km/h gedrosselt wird. Und drittens der Helm: Wenn wir über Schutz reden, führt an ihm kein Weg vorbei.

Zukunftsmusik ist das alles nicht. Helsinki begrenzt Leihroller per GPS tagsüber auf 20 km/h, in Werktagsnächten auf 15 km/h und in belebten Fußgängerbereichen auf 10 km/h; auch Lyon und Antwerpen arbeiten mit GPS-basierten Langsamfahrzonen. Gelsenkirchen hat die Sondernutzungserlaubnis für Verleiher an eine Identitätsprüfung der Nutzenden geknüpft. Paris hat die frei verfügbaren Leihroller nach einer Bürgerabstimmung 2023 abgeschafft und seit August 2026 eine Helmpflicht für private E-Tretroller eingeführt.



...und vor einem Treppenhauseingang in der Lappenbergsallee

Klar ist auch, was Hamburg nicht allein beschließen kann: eine allgemeine Helmpflicht, ein höheres gesetzliches Mindestalter für alle E-Scooter oder eine zweifelsfreie Grundlage für weitergehende Tempovorgaben – dafür müsste Bundesrecht geändert werden. Machtlos sind wir deshalb nicht. Über die Genehmigung der Sondernutzung, Verträge und Kontrollen haben wir bei den Sharing-Anbietern schon heute Einfluss. Und wo das Bundesrecht im Weg steht, kann Hamburg über den Bundesrat die Initiative ergreifen. Was es dafür braucht, ist der politische Wille zur Veränderung.

Armita Kazemi, Bezirksabgeordnete, mobilitätspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Eimsbüttel.

Fotos Seite 4 und 5: Dirk Schlanbusch

SPD-Frauen Eimsbüttel haben gewählt

Im Juli haben die SPD-Frauen Eimsbüttel einen neuen Vorstand gewählt. Neue Vorsitzende ist Jana Voß aus Niendorf. Gemeinsam mit ihren Stellvertreterinnen Patricia Berkmann und Simone Gastl sowie den Beisitzerinnen Martina Haase, Katharina Hornig, Armita Kazemi, Jennifer Oetjen, Pauline Puchert und Nadine Regling-Armi will sie gleichstellungspolitische und feministische Themen stärker in den Mittelpunkt der politischen Arbeit rücken.

Weitere Informationen und Termine gibt es im Büro der SPD Eimsbüttel unter +49 (0)40 42328711.

Armita Kazemi

Weiter mit Öl und Gas heizen – aber zu welchem Preis?

Das neue Gebäudemodernisierungsgesetz bringt mehr Wahlfreiheit beim Heizen – aber auch neue Kostenrisiken und weniger Planungssicherheit. In Hamburg könnte das die Ziele des Klimaentscheids gefährden.



Mit dem neuen Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) wird das Gebäudeenergiegesetz (GEG) abgelöst und Öl- und Gasheizungen werden wieder salonfähig. Mit dem Gesetz wurde von CDU und SPD im Bund eine Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Im Detail entfällt nun z. B. die pauschale Vorgabe eines Anteils von mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung von Gebäuden beim Einbau einer neuen Heizung oder das Betriebsverbot von alten Gas- und Ölheizungen nach 30 Jahren.

Diese neuen Vorgaben mögen auf den ersten Blick für Hauseigentümer:innen sinnvoll klingen: alte Heizungen dürfen weiterlaufen und es gibt wieder die Wahlfreiheit, mit welchen Energien neue Heizungen betrieben werden können.

Aber wie immer lohnt sich ein zweiter Blick: Ersatzteile für alte Heizungsanlagen sind schlichtweg nicht mehr zu erhalten und bei einer neuen Heizung mit fossilen Brennstoffen müssen ab 2028 Vermieter:innen 50 Prozent der Netzentgelte und der CO₂-Kosten tragen, ab 2029 auch 50 Prozent der Mehrkosten für die vorgeschriebene Beimischung von biogenen Brennstoffen (Biotreppe). Hinzu kommen die gestiegenen Preise für Heizöl. Diese haben sich seit der Nahostkrise im Vergleich zu 2025 fast verdoppelt und müssen von den Mietenden gezahlt werden.

In Berlin sind die Koalitionäre aber so von ihrem neuen Gesetz überzeugt, dass eine von Hamburg angestrebte Länderöffnungsklausel nicht Bestandteil des Gesetzes geworden ist. Auch der Hamburger Vorschlag einer Flottenlösung wurde nicht berücksichtigt. Diese Flottenlösung hätte Wohnungsunternehmen die Möglichkeit eröffnet, über ihren gesamten Bestand hinweg die CO₂-Bilanz nachzuweisen. Nun bleibt es bei der Einzelbetrachtung der Gebäude. Das wird dazu führen, dass Häuser aus den 50er oder 60er Jahren nur mit sehr viel Aufwand und Geld modernisiert oder abgerissen werden müssen. Diese Verschwendung von grauer Energie wird dem Klima nicht helfen und vernichtet günstigen Wohnraum.

Aus Hamburger Sicht kommt noch ein weiterer Aspekt hinzu. Mit dem Klimaentscheid im Oktober 2025 haben die Bürger:innen entschieden, dass Hamburg bis 2040 klimaneutral sein soll und bis 2030 soll im Vergleich zum Basisjahr 1990 eine Reduktion der CO₂-Emissionen von 70 Prozent erfolgen. Mit den neuen Vorgaben aus dem GModG und ohne Länderöffnungsklausel ist dieses Ziel aus meiner Sicht in weite Ferne gerückt.

Natürlich waren die Vorgaben im alten GEG sehr restriktiv, insbesondere für ältere Eigentümer:innen von alten Einfamilienhäusern, auch wenn Wärmepumpen technisch immer weiterentwickelt wurden. Für diese Eigentümer:innen hätte Berlin z.B. eine Nachweispflicht einführen können, dass aufgrund der Bausubstanz der Einsatz einer Wärmepumpe nicht möglich ist.

Und der politische Schaden könnte erst noch kommen: Die Umwelthilfe hat angekündigt im September Klage gegen das Gesetz einzureichen, weil es nach ihrer Auffassung gegen das im Grundgesetz (§ 20a) verankerte Klimaschutzgebot und das Prinzip der Generationengerechtigkeit verstößt.

Aber auch die Mieterbünde und Wohnungsunternehmen bemängeln unzureichende Planungssicherheit sowie unkalkulierbare Kostenrisiken für Mieter:innen durch steigende CO₂-, Öl- und Gaspreise. Den Blick nach vorne gerichtet muss die Bundesregierung nun bei der gesetzlichen Grüngas- und Grünheizöl-Quote besseres Handwerk liefern. Gleiches gilt für die anstehende EnWG-Novelle zur Umsetzung des EU-Gasbinnenmarktpakets, um die schrittweise und verlässliche Transformation der Gasnetze sicher zu ermöglichen. Ziel muss es sein, den Netzbetreibern klare, planbare Vorgaben für den Umbau zu geben, um Sicherheit bei großen anstehenden Investitionen zu bekommen. Für uns in Hamburg gilt, dass wir gemeinsam mit den Partnern im Bündnis für das Wohnen weiterhin verlässliche Rahmenbedingungen schaffen wollen, um die CO₂-Reduktion im Gebäudesektor stemmen zu können.

Martina Koeppen, MdHB

Foto Seite 6: © Martina Koeppen

Anzeige

Kennen Sie schon unseren AWO-Aktivtreff?



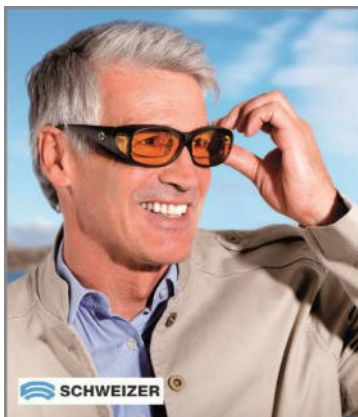
Aktivtreff Stellingen

Jugendstraße 11, 22527 Hamburg

Tel: 040 5407101, mobil 0151 23064611

Ansprechpartnerin: Annegret Ptach





OPTIK DANIEL

hingucken ... reinschauen ... durchblicken

Spezialbrillen bei Altersbedingter Makuladegeneration (AMD)

Wir sind spezialisiert auf Menschen mit altersbedingten Sehbeeinträchtigungen und nehmen uns gerne Zeit für Sie.

Jetzt Termin vereinbaren! Tel. 040 - 40 87 01

Osterstraße 136 | 20255 Hamburg-Eimsbüttel

team-**inso**

Ralf Bednarek

Fachanwalt für Strafrecht

Fachanwalt für Insolvenzrecht

Telefon: 040 / 360 980 60

www.team-inso.de

SPD Eimsbüttel-Nord (c/o SPD Eimsbüttel, Helene-Lange-Str. 1, 20144 HH)

Vorsitzende:	Charlotte Nendza-Ammar	Tel. 0174/8246192
	und Gabor Frese	Tel. 0178/9101428
Stellvertretende Vorsitzende:	Svetlana Romantschuk	Tel. 0176/63429838
Blickpunkt:	Dirk Schlanbusch	Tel. 0176/35445342
Bezirksversammlung:	Ralf Meiburg	Tel. 0160/96618075
Kerngebietsausschuss:	Til Bernstein	Tel. 0174/7080903
	und Ralf Meiburg	

Internet: www.spd-eimsbuettel-nord.de

E-Mail: kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de

Bankkonto SPD Eimsbüttel-Nord:

IBAN: DE38 5003 3300 1244 0089 00, BIC: SCFBDE33XXX, Santanderbank